

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3127/2010**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 08.06.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Christopher Nübel, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	21.06.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.07.2010	Entscheidung

### Betreff:

**Persönlichkeits- und Datenschutz für Gießens Bürger (Google Streetview)**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

### Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen missbilligt die Erfassung von Daten aus privaten W-LAN-Netzen und das digitale fotografieren von Privatpersonen sowie deren Häuser und Wohnungen durch die Google Germany GmbH im Rahmen des Projekts ‚Google Streetview‘. Das Unternehmen wird aufgefordert, die Sammlung von Foto-Daten und die Erfassung von Daten aus privaten W-LAN-Netzen im Stadtgebiet zu unterlassen und sämtliche in der Stadt Gießen über private W-LAN-Netze gesammelte Daten zu löschen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat der Stadt Gießen auf, eine Liste nach dem Muster des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Stadtbüro auszulegen, in der sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen zum Zwecke des Widerspruchs gegenüber der Google Germany GmbH bezüglich der mittels digitaler Fototechnik erhobenen Daten eintragen können.

Die Auslegung wird über die Lokalpresse öffentlich bekannt gegeben und ist für die Dauer von mindestens drei Monaten nach Bekanntgabe vorgesehen und wird danach an die zuständige Stelle der Google Germany GmbH weitergeleitet.“

### Begründung:

Die Maßnahmen der Firma Google bezüglich der Erhebung persönlicher Daten und Bilder und deren Speicherung stoßen bei einem Großteil der Bevölkerung auf massive

Ablehnung. Aus datenschutzrechtlicher Sicht sind die Erhebungen der Firma Google im Rahmen ihres Projekts „Google Streetview“ äußerst bedenklich. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Kommunen dazu aufgerufen der Bevölkerung die vorhandenen Widerspruchsmöglichkeiten aufzuzeigen und Sammelkarten auszulegen.

Christopher Nübel